

Kreisungen hauptsächlich darauf, die Deutschen allmälig aus den Städten zu verdrängen oder sie dadurch zu majoritieren. Es sind nämlich die deutschen Städte in Mähren für viele kleinere deutsche Sprachinseln in nationaler und politischer Hinsicht ein fester Sitzpunkt und wohl im Stande, durch Heranziehung und Vereinigung der zerstreuten deutschen Elemente der ehemaligen Thut ein wirksames Gegengewicht zu bieten. In vielen sprachlich gemischten Orten hat sich die deutsche Majorität der Gemeindewahlvertretung bereits in eine tschechische verwandelt, in anderen sind einzelne Mandate an Tschechen verloren gegangen und in einigen Städten, wie in Kremsier und Prostsch, steht die deutsche Majorität in Frage und kann baldigst verloren gehen. Da die Zusammenhang der kommunalen Vertretungskörper von wesentlichem Einflusse auf die Gestaltung der nationalen und politischen Verhältnisse zunächst der eigenen Gemeinde und sodann auch für das ganze Land ist und da dieselbe mit bestimmend ist für das Resultat der Wahlen in den Landtag und Reichstag, so dürfen die von den Tschechen in vielen Städten Mährens erzielungen Vorteile und Siege nicht unterschätzt werden. Bei den nächsten Wahlen für den mährischen Landtag, dessen Auflösung jede Woche erfolgen kann, werden die Deutschen die größten Anstrengungen machen müssen, um die Majorität wieder zu erlangen.

\* Ein Beweis von großer Opferbereitheit und Tiefe seiner Freude von Slowenen unschätzlichen Heimat hat der in Prag wohnende, aus Gottschee gebürtige Großkaufmann J. Stampf<sup>l</sup> in den letzten Jahren an den Tag gelegt. Im Jahre 1872 war in dem Städtchen Gottschee dem Hauptorte der gleichnamigen deutschen Sprachinsel im südlichen Klein, ein deutsches Unter gymnasium errichtet worden das anfangs nicht recht gedeihen wollte. Den Gottscheer Banuern, die bei der Unstrachbarkeit des Bodens ihr Brod meist anstrenglich suchen müssen, war das Studium zu thuer den Bürgern im Städtchen Gottschee aber wurde von den slowenischen Rektoren der Stadtschule dringend abgeraten ihre Schule der neuen deutschen Bildungsstätte anzutrauen. Da schien J. Stampf<sup>l</sup> in Prag dem Gottscheer Unter gymnasium die Summe von 100,000 fl. mit der Bestimmung daß von den Zinsen dieses Kapitals arme Schüler, die sich dem Studium oder dem Lehrerberufe zu widmen gedachten, unterstellt werden sollten. Durch diese Stiftung hat das Gymnasium zu Gottschee eine fort schreitend günstig Entwicklung genommen; die Schülerzahl hat sich verdoppelt und ist jetzt auf 120 gestiegen. Von den ehemaligen Schülern werden nun schon zwölf, nachdem sie noch die Lehrerbildung anstalten zu Laibach oder Klagenfurt besucht hatten, als deutsche Lehrer in verschiedenen Schulen des Sprachinsel, und schon in den nächsten Jahren werden alle Lehrstellen des Hochgebirgs Gottschee mit geborenen Gottscheern besetzt sein. Diese Thatwache ist für die Erhaltung des Deutschthums im südlichen Klein von der größten Wichtigkeit. Um die Errichtung einer deutschen Schule in dem von den Slowenen hauptsächlich bewohnten Dorfe Maierle, der südlichsten Gottscheer Gemeinde, zu ermöglichen, spendete Stampf<sup>l</sup> über alles 2500 fl. Beigleichen gab er auch den anderen im Gottscheer Gebiete neuerrichteten deutschen Schulen nicht unangehnliche Beihilfen. Weiter schenkte Stampf<sup>l</sup> zur Gründung einer Holzindustrie schule in Gottschee, die den Kern zu einer gehenden Handwerkskunst legen, den Wohlstand der Gottscheer bedenkt und die Bevölkerung allmählich verdichten soll, eins Tausend Gulden. In den letzten Wochen endlich lautete Statt auf in Gottschee ein Gebäude für 13,200 fl. an, in welchem die sich immer fröhlicher entwidelnde Holzindustrie schule, in welcher von 4 Lehrern einige zwanzig Schüler in Holz künsten, Korbblecherei und der Stofffabrikation unterrichtet werden, ein geeignetes Unterkommen finden soll. In ganzem noch 16 Gemeindewallen greifen Gottscheer Gebiete, in allen 200 deutschen Gemeinden dieser alten interessante Sprachinsel wird deshalb auch der Großkaufmann Stampf<sup>l</sup> in Prag als der größte Wohltäter Gottschees gefeiert! Würde das Beispiel Stampf<sup>l</sup>'s in allen bedrohten Gebieten Österreichs Nachahmung finden, so möchte wohl bald das gesamte deutsche Sprachgebiet aus das Nachhaltigste gegen die Uebergriffe und Erpressungsgesetz der Czechen, Polen, Slowenen und Italiener gestützt sein!

\* Ueber die Zustände an der russischen Grenze gegen Persien bringt die „Wodzlowofia Web“ folgende Mittheilung:

"Von Persien und der persischen Grenze aus sind eine Menge  
Peabody-Gemeinde unter der ausländischen Bevölkerung Teheran  
sofortlich vertrieben worden. Die zahlreichen Kaufhäuser, welche un-  
ter der letzten Zeit an jener Gegend gesiedelt wurden, sind größtenteils  
auf dieses Umstand zurückzuführen. Es gibt keinen einzigen  
Arbeitstag, bei welcher Ruhe (Dienst), der das nicht ein besondere  
Gemeinde angehört hat. In Ardebil wurde eine Patronatsföhre  
entdeckt, deren Ausloch nach Tausenden plätiert. Die persischen Ver-  
brechen gegen diesen Kreis sind zuviel. Höchstens doch zweitens ein Raub,  
der es zu am gerissen hat, ins Gefängnis gestellt wird oder einige  
Schläge auf die Füße haben erhält. Die laufenden Flüchtlinge finden in  
Persien ein sicheres Thal. Danach den Zweck der persischen Gesellschaft  
lieftet nämlich ein Verlust seines Glasbogenkreises aus, auch was  
bezüglicher der verwüstete Verbraucher ist. Doch unter solchen Verhält-  
nissen wäre keine laufende Gesamtbevölkerung in beständiger Angst schweben,  
wahrs die ökonomische Lage der Gegend sich mit jedem Jahr ver-  
schleimmt, so selbstverständlich. Die russischen Unterthanen leben  
in Persien sowohl in persönlich wie verständnisfreier Beziehung  
vollständig abgeschlossen. Um diesen Unbehagen eingemessen zu  
sezen, sollen während von russischer Seite folgende Maßregeln in  
Vorschlag gebracht sein: 1) sämmtliche Siedlungen, wo zahlreiche Kauf-  
häuser vorstehen, in Strenggarnison zu erläutern und 2) die unzu-  
verlässige Elemente der persischen Bevölkerung terminativ befeuert  
Militärcosannanbos allmählig zu entwischen."

\* Aus Peru wird uns unterm 26. April geschrieben: „Die Kronprinz-Feiertage haben nicht den Abschluß gefunden durch den Empfang der hohen Gäste in Brüssel. Es noch mehr eine einfache Seefreizeit, von welcher die Prinzessin Stephanie befreit worden war. Die Besucher in Brüssel haben sich damit begnügen müssen, den österreichischen Vorschafter v. Galice und einzelne Personen aus dem Gefolge des Kronprinzen bei sich zu sehen. Auch von dem Besuch einer der Prinzessinen ist schließlich Abstand genommen worden. In nicht weniger als 12 Räumen verpaßt sind die reichen, kostbaren Geschenke, mit welchen der Sultan als ein orientalischer Herrscher seine Gäste bedacht hat, nach Triest erbeutet worden, ebenso wie zwei prächtige arabische Rosen-Geschenke aus dem fälschlichen Marhall. — Am morgige Tage ersicht das Regierungs-Mandat Alvaro Palacios. Derselbe ist von der Pirote angewiesen worden, daß Gouvernement provisorisch weiterzufahren, was nicht ganz mit den Bestimmungen des organischen Status übereinstimmt, welche für den Fall eines Interregnum die interministerliche Zeitung der Regierung dem General-Sekretär der Provinz überträgt. Da letzterer, Herr Cristobal, der Kandidat Anglands ist, hat die Pirote wohl vermeiden wollen, daß diesem, wenn auch nur provisorisch, die Macht der Regierung in die Hände gelegt werden sollte.“

**ANSWER**

in Scène gesetzt worden. Dr. Sosie hat sich andererseits fürst Alexander vernehmen lassen, indem er eine Ansprache erwiderte, mit welcher ihn die Delegierten der unionistischen Reunions in Bulgarien und Österreichum beglückten; er sagte jenen: „Ich danke Ihnen für die Gedenkungen im Bezug auf meine Person. Als Bulgar ist es mir unmöglich, nicht mit den bei dem Meeting in Sofia gefassten Resolutionen zu sympathisieren. Jedoch in meiner Eigenschaft als Frisch, als der ich in Verfolg des Berliner Vertrags eingesetzt worden bin, mag ich Ihnen erklären, daß der gegenwärtige Augenblick nicht günstig ist für die Realisierung der Vereinigung.“ Er hätte die letzte Phrase anders fassen sollen, als Basall des Sultan.“

\* Die Sterblichkeit unter den französischen Deputirten gibt dem „Télégraphe“ Veranlassung, auf die nachtheiligen Einflüsse des Schwunghauses der Deputirtenkammer im Palais Bourbon hinzuweisen. Danach enthält der Saal nicht die nötige Menge gründler Luft: „Der Saal wurde für eine Versammlung von 300 Mitgliedern und 300 Zuschauern gebaut, also für 600 Personen, während in dem Saale jetzt 753 Deputirte und mehr als 650 Beamte und Zuschauer eingepfercht sind; um die nötige Luft zu erlangen, wurde eine Ventilation mit Zugluft geschaffen; da aber die Heizung damit in engstem Zusammenhange steht, so ergeben sich fortwährende Schwankungen in der Temperatur. Das durchschnittliche Alter der Deputirten ist niedriger als das der Senatoren, die Sterblichkeit jener aber höher, als die im Luxembourg. In gleichem Verhältnisse liegen die Krankheiten, besonders Blutarmuth und Brustleidernungen, dort und hier.“ Noch mehr: Deputirte und Zuschauer verlaufen im Schweig den Saal; am Quai d'Orsay liegen die Gläubichen in ihre Wagen, der Rollortet führt, ja oft fünfzehn Minuten unter freiem Himmel auf den betreffenden Omnibus; der Kastell auf der andern Seite des Quai ist kaum für zehn Passagiere aufzuhören. Eine Schuhpalle vor dem Palais Bourbon wurde von der Qualität beantragt und von der Omnibusbeförderung angenommen; aber der Pariser Gemeinderat liegt mit der Omnibusbeförderung in Gedanke und so lange diese dauert, bleibt es beim Alten. Vor drei Jahren wurde ein Ausschuß zum Bau eines neuen Saales gebildet und Architekt Joly entwarf Pläne; aber dabei blieb es, denn der Voranschlag lautete auf fünf Millionen. „Fünf Millionen und das Budget!“ Der „Télégraphe“ schlägt als „bedeideretes“ Mittel vor: täglich die Sitzung um 4 Uhr auf eine Viertelstunde zu unterbrechen und in dieser Pause den Saal gründlich zu lüften.

\* Mit der vor einigen Wochen in Birkenhead erfolgten Verhaftung John Daly's, in dessen Besitz drei Explosionsgeschosse gefunden wurden, hat die Polizei, wie es sich nunmehr herausstellt, einen glücklichen Griff in die Reise der Verschwörung gethan, welche den irischen Meeren seit den letzten zwei Jahrzehnten zu Grunde liegt. In Daly und anscheinend in noch höherem Grade in seinem in Birmingham verhafteten Hauptschreiber J. G. Egan ist man ohne Zweifel zweier herausragender Führer der sephischen Verschwörung bestellt geworden, die seit Jahren in dem Geheimbunde der "irischen republikanischen Bruderschaft" eine herausragende Rolle gespielt haben. Bei der am Sonnabend vor dem Polizeigericht in Birmingham weitergesetzten Voruntersuchung erschien Mr. Poland als Anwalt der Kronen und teilte mit, daß gegen Egan und Daly, der am selben Tage vor dem Polizeigerichte in Liverpool stand, die Anklage wegen Hochverratshs erhoben werden würde. Die Polizei hat nämlich in dem Haushalte Egan's unter den Wurzeln einer Ulme eine Blechkiste aufgefunden, die mit Documenten des gravirendsten Art angefüllt war und die Beweisschärfe enthielt, daß Egan seit Jahren das Amt eines der Directoren der sephischen Verschwörung in England bekleidete. Unter diesen Documenten befanden sich u. a. auch die gebräuchliche Verfassung der am 18. August 1869 gegründeten irischen republikanischen Gesellschaft, in welcher Irland als Republik erklärt und ein Directorium von elf Mitgliedern eingesetzt wird, welchem auch die Anerkennung von "Soldaten" und Mitgliedern der irischen republikanischen Bruderschaft zur Pflicht gemacht wird. Vom Jahre 1872 angefangen war Egan, wie dies aus vielen von ihm geschriebenen und an ihn gerichteten Briefen hervorgeht, der Vorsitz der sephischen Verschwörung im Süden Englands. Da ihm wurden die Beiträge der Mitglieder zum Waffenanstau und zum "Kriegsbunde gegen England" eingesandt und Berichte über die gesplozenen Verhandlungen eingeliefert, die er an die Centrale in London gelangen ließ, von wo aus er wieder seine Weisungen erhielt und mit der Führung von Disciplinarkontrollen und -betrachtungen betraut wurde. Die ganzen Schriftheite gewähren einen äußerst interessanten und für die Polizei lehrreichen Einblick in die Organisation der sephischen Gesellschaft, der noch seine Früchte tragen dürfte. In dem Schlafzimmer Daly's fand sich ein Ausweis über die von 1879 bis 1881 erhaltenen Schuhmessen, zumeist Revolver und Pistolen, deren Zahl mit 8297 angegeben wird. Egan, welcher ursprünglich sehr gefaßt war, verfärbte sich, als er hörte, daß sein Adress aufgefunden werden sei, und legte während der ganzen Reise Mr. Poland's eine nervöse Unruhe an den Tag. Er nahm in Birmingham eine angehobene Kaufmännische Vertrauensstellung ein und Niemand begleite gegen ihn den Verdacht, daß er dem Bunde der Freiheit angehöre. Egan wurde für weitere acht Tage zurückgestellt; dasselbe geschah mit Daly in Liverpool, der nach Birmingham überführt werden wird, um mit Egan konfrontiert zu werden. Daly beklagte sich darüber, daß ihm festlich angelegt seien, und verlangte Abhilfe; der Richter erklärte jedoch, dies müsse dem

\* Im Ausdruck an die von Wolff's Telegraphen-Bureau veröffentlichte Depêche aus Washington vom 23. April, wonach der Staatssekretär Freelinghausen die Flagge der internationalen afrikanischen Gesellschaft als die einer bestreiteten Regierung anerkennt, wird ferner gemeldet, daß die betreffende Resolution enthalte die Erklärung, daß der Senat mit dem von Präsident Arthur in seiner Botschaft anlässlich der Eröffnung des Kongresses aufgedrängten Aufschwungen über den Kongreß überzeugt wurde, nämlich daß es für die Vereinigten Staaten ratschäßig werden dürfe, im Verein mit anderen Handelsmächten die Handels- und Niederlassungsbüchre im Kongothale zu fördern und vor der Einigung oder politischen Kontrolle irgend einer Nation zu bewahren.

Ministers des Innern bestritten werden, daß das Socialisten-  
gesetz während der ganzen Zeit seiner Geltung in jeder Hin-  
sicht loyal ausgeführt worden ist, allerdings manchmal mit  
Scharfe, aber niemals mit Unbilligkeit; auch ist niemals  
eine Widerstandung in der Weise festgestellt worden, daß  
irgend welche andere Partei sich als beschwert erachtet  
hätte. In dieser Beziehung sind besonders alle gegen-  
theiligen Vorwürfungen der Hirschtritter im Jahre 1878  
und 1881 widerlegt worden. Die Forderung des Abg.  
Windthorst, daß Versammlungen, von denen man den vor-  
bereitet verachtet sein kann, daß sie zur Förderung social-  
demokratischer Agitation dienen, nicht untersagt werden dürfen,  
daß vielmehr erst der Verlauf derselben abgewartet werden  
soll, ob in ihnen in der That auftretende, den Staat und die  
Gesellschaft gefährdende Reden gehalten werden, ist mit  
Hilfe der „Freiunigen“ ebenfalls durchgelegt worden. Es  
lägt sich wohl darüber streiten, ob nicht hier eine  
wenig stolzsluge und unvorsichtige Wille vorgesetztes  
hat, denn das ist unleugbar, daß die Erregung in  
den Massen eine viel größere ist, wenn eine stattfindende Ver-  
sammlung aufgelöst wird, als wenn das Auflösungsverbot  
bereits vor dem Zusammentritt erfolgt. Es scheint  
und überhaupt fraglich, ob diese sogenannten „Widerungs-  
vorschläge“ des Abg. Windthorst ganz ernst gemeint sind,  
jedenfalls sind wir davon überzeugt, daß die „Deutsch-frei-  
unigen“, indem sie für die Anträge des selben Wesen  
stimmen, keineswegs ihrer wahren Gesinnung Ausdruck geben.  
Die Herren werden zunächst — und dieses Schauspiel dürfte  
im Plenum wiederholen — für alle Windthorstschen An-  
träge stimmen und sodann mit den Conservativen gegen das  
so amendeinte Gesetz. Auf diese Weise hoffen sie das  
Gesetz zu Halle zu bringen. Das mag politisch scheinen,  
aber und alle nobelhaft haushaltenden Elemente wer-  
den es teilsfalls als staatsweise anersehen, ebensoviel wie  
ein solches Verhalten auch vor den Forderungen der politi-  
schen Moral bestehen dürfte. Wir können nur unser Er-  
staunen über die Auffassung des „Berlin Tageblatt“ wieder-  
holen, welches in der Abstimmung der „Deutsch-freiunigen“  
eine „merkwürdige Klärung“ zu erblicken glaubte. Indessen  
ist es auch möglich, daß die Herren von der „deutsch-frei-  
unigen Partei“ sich vertrodden. Semper konnte bereits der  
Untergang in Bezug auf den Belagerungszustand gefallen ist,  
dürfte sich das auch bei andern Anträgen im Plenum wieder-  
holen. Das Centrum wird es doch nicht wagen, in seiner  
großen Mehrheit mit den Deutsch-freiunigen gemeinsame  
Sache zu machen, und schließlich vor die Wahl gestellt, daß  
Land ohne Wahl einem erbitterten Wahlkampfe ausgesetzt  
oder das Maß seiner Forderungen etwas herabsetzen, dürfte  
vielleicht doch noch zur rechten Zeit die Ansicht überwiegen,  
daß das Regierte vorzuziehen sei, und so kann es leicht dahin  
kommen, daß wir im preußischen Abgeordnetenhaus bei der  
Zuordnung auch im Reichstage beim Socialisten Gesetz sich  
schließlich die Ultramenten mit den Conservativen die Hand  
reichen. So sehr wie es bedauern durch die Lage der Ver-  
hältnisse immer von Neuem das Vändnig dieser beiden Parteien  
erstarken zu sehen, so halten wir doch dieses Uebel nicht für  
das Fälschbare. Wie wir bereits früher angedeutet  
haben, würden wir es nicht glauben verantworten  
zu können, ohne Übergang das Socialisten-Gesetz aufzuheben,  
wir würden dadurch viel mehr schwerere Gefahren für unser  
Vaterland herausbekommen, ja es könnte leicht ein Zustand  
eintreten, welcher in den großen Schichten, welche sechs Jahre  
hindurch durch das Socialisten-Gesetz geprägt waren, eine Art  
von Anarchie herbeiführen könnte, und wenn es den genügigsten  
Liberalismus eben noch nicht möglich ist, den rechts und links  
der genügenden Unterstützung bei den Aufgaben zu finden, wo  
es sich in hervorragendem Maße um die Frage des  
Bestehens und Erhalts des Staates und der Ge-  
sellschaft handelt, da muß die Regierung die Unterstüzung  
nehmen, wo sie sie findet und, wenn auch widerwillig, von  
den verbündeten Liberalen und Conservativen. Hoffentlich  
wird in den zwei Jahren, welche jetzt als Gültigkeitsdauer des  
Socialisten-Gesetzes in Aussicht genommen sind, die social-  
politische Gesetzgebung einen weiteren bedeutenden Schritt vor-  
wärts gemacht haben und vielleicht ist es auch das dahin  
gegliedert, die nötige Verbesserung des gemeinen Strafrechts  
zu finden, um im Jahre 1890 das Ausnahmegesetz präzisieren  
zu können. Die erste Resolution, welche die Tätigkeit der  
Regierung in dieser Richtung anstreben soll, kommt erst  
Dienstagabend in der Kommission zur Bearbeitung.

## **Dur Frage der Steuereinschätzung.**

\* Leipzig, 30. April. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die diesjährige Steuereinschätzung in unserer Stadt wegen der in sehr vielen Fällen statthaft fundenen Nichtbeachtung der Selbstdeclarationen der Steuerpflichtigen und der dafür bewirkten Verfehlung in bedeutend höhere Steuerlasten eine weit verbreitete Unzufriedenheit hervorgerufen hat. Wir halten uns für verpflichtet, dieser Stimmung Ausdruck zu geben, indem wir zunächst den nachstehenden, von einem hervorragenden diesigen Gewerbetreibenden und übermittelten Artikel zum Abdruck bringen und im Anschluß daran eine weitere orientierende Darstellung folgen lassen:

treitlich nicht geringen Anlage.  
Der Einflussmischer wurde leiserst als das Ideal aller Stewards angesehen, ob diese noch die direkte Kraft darüber herrscht, dachte jedenfalls mehr als zweifelhaft sein.  
Freilich als sehr tragisch darf es wohl auch angesehen werden, ob es im Sinne des Gesetzgebendes gelungen hat, den Steueraufzehr als Gitterne zu betrachten, die so lange gequreicht und gequetscht werden muss, als man noch ein Tropico heraus kommt. Die Aufhebung scheint jetzt bei der Steuerabgabe und bei den Einschätzungscommissionen als letzte Rücksichtnahme gesonnen zu werden, denn man dient sich in Einschätzungen gefleistet worden ist, überdrüsiger aller bisher Dagobertse. Aus steht aber dem Steueraufzehr das Recht der Reklamation zu, ob es ihm etwas nützt, ist eine andere Frage.  
Vom Standpunkte der befeindeten Beamten mag das finstere und wunderliche sein; berieflich arbeitet sein Venism ab, und wenn das Arbeitsleid nicht genügt, werden neue angestellt, bei Soest, reip der Steueraufzehr, bezöglt es ja. Ganz anders liegt die Sache jedoch bei dem Geschäftsmann, nemlich bei dem Gewerbetreibenden, dem Handwerker und Industriellen. Diese haben in erster Linie ihre Wohlheit zu bewirken und können dann erst an ihrer schriftlichen Arbeitmen denken. Viele Gewerbetreibende sind eben nicht in der Lage, sich eine Kraft zu halten, welche die schriftlichen Arbeiten

Diese Geschäftsführer, die man trotz ihrer nach Sicht und Gewissen abgegebenen Declaration viel höher einschätzt hat, lassen nun reklamieren. In vielen Fällen müssen dieselben gar nicht, meistens Begriffe einzuschlagen haben; werden Normenfehler begangen, so ist die Reklamation predios; ist der Nachweis nicht ganz durch die Bücher zu führen, so wird die Reklamation als unangreifbar gerügt gewiesen, und es muss begnügt werden, wenn auch mit Unrecht.

das Unbefugtes u. wie seine Tätsche seien, er muß **Hochstätte**, jugendliche Arbeit, die als Belehrung eintraten, Verleipungen, die verfehlten und Gott noch wußt noch erreichen, und wenn er eins zusteht, weil oder eines unterläßt, dann muß er bestraft und das von Rechts wegen. Wie viel angenehmer Lage befinden sich da die Beamten des Staates und der Stadt, die brauchen nur die Macht zu brauchen, während der Gewerbetreibende neben seinem Geschäft auch noch Wandschau dem müssen soll, was die genannten Herren wissen und die sich auch noch in die verschiedenen Branchen thüren. Man sollte deshalb den Gewerbetreibenden nicht auch noch mit andern unzulässigen Reklamationen belästern, sondern das Maß der Gültigkeit wollen lassen und ihm seinen heutigen, wahrlich nicht leichten Standpunkt nicht noch mehr erschweren, namentlich aber, wenn er reklamirt, nicht verlängern, daß er eine Durchführung wie der Wechselfahrer aber ein Bankdirektor haben soll. Die betreffenden Herren werden schon oft die Erörterung gemacht haben, daß sie aus dem Gewerbestande eingehenden Reklamationen, weil sie den Buchstaben des Gesetzes nicht erfüllen, juridisch geworden waren, trocken daß dieselben vollkommen berechtigt waren.

Ist die bis jetzt beliebte Art der Einschätzung, wie vornehmlich nachgewiesen, für den Gewerbestand eine besonders drückende und kein Kampf gegen dieselbe mehr als vorgebrückt, so ist dabei noch ein Überstand vor allgemeiner Beweitung in Betracht zu geben, der nicht unterschätzt werden darf. Die Selbstabklärungen müssen, das steht bis auf jetzt auf den Formularn gestellt, nach Pflicht und Gewissen ausgeführt und durch Namensunterzeichnung bekräftigt werden. Ausgegeben nun auch, daß es eine Anzahl Steuerpflichtiger gibt, die diese Beschriftung ignorieren, so gibt es doch wohl auch eine sehr große Anzahl rezipitable Rechte, die ihrer Erfüllung thun. Wie verliegen muss es nun für dieß sein, über noch Pflicht und Gewissen abweichende Declaration unbedacht zu lehnen und in der geisthaften Weise bei der Einschätzung in die Höhe gehoben zu werden. Es ist das geradezu demoralisierend für den Bürgerstand, und man darf sich nicht wundern, daß Angaben nach Pflicht und Gewissen nicht gegeben werden, da sie bei der Belehrde vielleicht keine Bedeutung finden. Nun gibt es auch noch eine große Anzahl Steuerpflichtiger, die nicht reklamiren können oder wollen, weil ein Wechselfahrer, dessen Vermögensverhältnisse nicht die günstigsten sind, es vermeiden mög. freunden Beratens Einblick in seine Bücher zu gewähren. Diese werden mit Stoll im Herzen und mit einer Verwünschung auf den Lippen zählen, so lange sie es überhaupt verändigen.

Es mag eine sehr schwere Aufgabe für eine Einschätzungscommission

sein, das Richtige zu treffen, und Unrecht wird kaum zu vermeiden sein. Dagegen erscheint es auch zwecklos, daß nach Dierjenigen, was man jetzt über die Wahlabgängen hört, man sie über das Ziel hinausrichtet. Wenn die Betriebsräte sich durch den Einstand bedenken, daß genau so hohe Einflüsse abgegangen reklamiert werden müssen, so ist das nicht so einfach.

Um gründlich fahrt ja Wiss viel schöner und besser aus als in der nächsten Niedlichkeit. Die Herren mögen nur ein Mal im Gewerbe Umstau halten, und sie werden haben, was der größte Theil, der sie für viel besser angesehen haben, doch ein recht heuristisches Wort hat, genug mit vielen Sorgen. Es ist nicht Wiss Gold, was glänzt! Das entwertende Stimmengesäß mag vielen Leuten zu schwach erscheinen, jedoch Dierjenigen, die die Verhältnisse kennen und mittwohl im Gesellschaftsleben stehen, werden das befürchten. Guleit tritt eine solche Desperoration und Gleidigkeitlichkeit ein, die unser Herr Reichskanzler sehr treffend mit Würdigtheit bezeichnet.

Dieses Gefühl kommt bei Wahlen sehr deutlich zum Ausdruck. Nicht etwa, ob es die Wähler auf dem Mittelpunkte der Meinung wären, daß die sozialdemokratischen Agitatoren die Woge bejähren würden, sie wissen vielmehr ganz genau, daß von diesen auch nichts zu erwarten ist, aber in der gebrauchten Woge, in welcher sich der größte Theil befindet, jagen sie sich, jetzt mag's kommen wie es will, sie sind eben einfach auf dem Standpunkt der Würdigtheit angekommen. Die große Angst, solcher Ungefährdeter, die durchaus nicht der sozialistischen Partei angehören, hat deren Stimmenzahl vermehrt, und noch nicht ganz überwältigt werden durch die legale Einschaltung derselben. Es ist das eine bittere Wahrheit; mögen sich die Herren an maßgebender Stelle dieser nicht verschließen.

Schließlich soll noch der Wunsch zum Absatz gebracht werden, ob es nicht in Absicht der geschäftlichen Seite mißliche Verhältnisse mögl. am Platze sein dürfte, durch eine Wassenpettition Eindruck zu machen, die bestensicht die Reklamationen eingehen in sehr vielen Fällen erholbar sind.

Bei der jetzigen Ausgabe der Steuerzettel hört man sehr häufig Beschwerden und Klagen der Steuerzahler auf, welche darauf hinweisen, daß ein Vorsatzstein mit den griechlich bestehenden Verhältnissen nicht vorhanden ist. Wie möchte deshalb an dieser Stelle die betreffenden Bestimmungen nochmals zur Kenntnis bringen.

die Einkommensteuer werden von dem Staat bestimmt, die einzelnen Mitglieder derjener Theile durch den Staat, theilz durch die Stadt. In Leipzig gibt es 18 dezentrale Commissionen für die gleiche Zahl von Districten; die Abwicklung erfolgt für die Staatssteuer; ist dieselbe endgültig festgestellt und von der staatlichen Behörde aufgetheilt, so werden dieselben Abhängungen für die häblichen Einkommenstheuer zu Grunde gelegt. Eine Abänderung bei den betreffenden Ziffern, sei es nach oben oder unten, steht dem häblichen Steueranschluß nicht zu, ebenso wenig den häblichen Verhältnissen; die beginnenden Werturteile sind einfach für letztere nach den gesetzlichen Vorschriften als richtig anzusehn.

Die Eingehung der beiden Steuern, für Staat und Stadt, erfolgt der Einsicht halber und um die Kosten des doppelten Beamtenpersonal zu ersparen durch die Stadterverwaltung; letztere übermittelt bei eingezogenen Beträgen der Staatseinkommenssteuer den fiktionalen Beitragssteueraufschluß und empfängt dafür Einnahmegebühren, die sich auf ungefähr 80,000 M pro Jahr belaufen können.

Die eventuellen Reclamationen unterliegen dem königlichen Bezirkssteuerinspector oder der staatlichen Einschlagsbehörde.

## Ein Wort der Verständigung über Volksschulkindergärten.

Seit ungefähr 12 Jahren ist mit der Errichtung der ersten Volksschulkindergärten in Leipzig zugleich die Bewegung für die Fröbel'sche Erziehungstheorie und -methode in Gang gekommen. In Rücksicht auf Errichtung des Interesses für das bildende, erziehende Werk des Fröbel'schen Gedankens verantwortliche der Verein für Familien- und Volkserziehung in den ersten Jahren seiner Wirkungszeit eine Reihe von Vorträgen, die späterhin eingefügt wurden in die Beweise des Uebers für Damen.

Während die Fröbel'sche Erziehungstheorie die Grundelemente für eine naturgehörige und wissenschaftliche Bildung der menschlichen Jugend enthält, noch in dem ersten Stadium ihrer Entwicklung sich befindet, ist der ergiebiglich-bildende Werth der Fröbel'schen Methode für das Kindesalter in allen Stufen der Entwicklung anerkannt. Die Kindergarteninstituten für die Familie haben ein Bedürfnis dafür, daß das Fröbel'sche Erziehungssystem nicht aus dem Local „Kindergarten“ gebunden und daß Fröbel nicht nur eine heimische Idee, sondern eine „Idee“ verwirklichen möchte, in der man in jeder (schöpferischen) Idee, daß allgemein Menschliche, daß Mensane eines integrirten Selbstausdrücke bilde. Wie wollen deshalb mit Denen nicht reden, die von dem humanen Staatsprinzip aus und in Rücksicht auf die soziale Verhältnisse die Autonomieigkeit der Volksschulkindergärten anstreben und sich gleichzeitig oder gärtnerisch gegen den pädagogischen Werth des Fröbel'schen Gedankens verteidigen — wir wollen die Theorie in Frage stellen, doch die

Um vergangenen Winter ist aber durch den Umstand, daß Kinderfreuden sind so epidemisch ausgetreten, vielfach auf die Schäßbäckerei des Kindesalters der Kinder in größerer Weise bisgezogen worden. Ohne dieser wissenschaftlich begründeten Furcht entgegentreten zu wollen, ist doch mit einer Umwandlung die Rahmenzähigkeit zu leisten, die momentan bei Vertheilung der Vollstädtergärten auf aus Gesundheitsgründen nicht überwinden werden darf. Die Wohnungsmöglichkeiten derjenigen Familien, die bei größeren Gestangen für den Vollstädtergartenen hatten, sind weniger ausführlich, als die